

Untersuchungen zu theoretischen und historischen Problemen der Nachkriegszeit

Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 – 1949), zusammengest. und eingel. von Eberhard Heidmann und Käthe Wohlgemuth (= Dokumente und Materialien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin), 2. durchges. u. erw. Aufl., Dietz Verlag, Berlin-DDR 1968, 246 S., kart., 2,80 M.

Die vorliegende Dokumentation zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition von 1943 – 1949 beginnt mit der Erklärung der Moskauer Außenministerkonferenz vom Oktober 1943 und endet mit der Inkraftsetzung der Verfassung der DDR und der Bildung einer Provisorischen Regierung in Berlin. Ziel dieser Dokumentensammlung ist, die wesentlichen Voraussetzungen für die Nachkriegsentwicklung Deutschlands in der Politik der Alliierten während der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges und der ersten Nachkriegsjahre nachzuweisen. Ergebnis dieser Entwicklung sei die Entstehung zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und gegensätzlichen politischen Zielen gewesen. Zum historischen Verständnis und zur Interpretation der Dokumente ist eine Einleitung vorangestellt, die den notwendigen politisch-ideologischen Leitfaden liefert und die in den Grundzügen auf den Ausführungen von Badstübner/Thomas¹⁾ basiert. Grundlage dieser Einleitung ist die Proklamierung des Großen Vaterländischen Krieges, die Darstellung des Krieges als antifaschistischem Befreiungskampf sowie die Bemühungen der Sowjetunion um ein umfassendes Bündnis aller am Krieg beteiligten Kräfte; betont werden aber auch die gegensätzlichen Ziele dieser Anti-Hitler-Koalition. Erwähnt werden besonders Pläne zur Zerstückelung Deutschlands, wie sie im Verlauf des Krieges in den USA entwickelt wurden, und deren Ablehnung durch die UdSSR. Die Zurückweisung dieser Konzepte durch Kreise um Truman wird als Stärkung der imperialistischen und bereits damals immer deutlicher hervortretenden anti-sowjetischen Politik interpretiert, denn: »Die Zielsetzung der genannten Kräfte bestand vielmehr darin, ein als Konkurrent unbedeutendes Nachkriegsdeutschland zu schaffen, Deutschland als einheitlichen Staat zu erhalten und als ›Demokratie‹ imperialistischer Prägung dem Einflußbereich des imperialistischen Systems einzuordnen.« (S. 10) Ein Schwerpunkt in diesem Leitfaden ist die Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens vom August 1945 mit seinen Folgen, insbesondere hinsichtlich der Rolle und Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates; denn »das Potsdamer Abkommen legte die friedliche und demokratische Entwicklung für ganz Deutschland fest« (S. 11). Ausdrücklich hingewiesen wird auf das Bekenntnis der Unterzeichnerstaaten zur Erhaltung der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit Deutschlands sowie der vorgesehenen Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungen, wobei festgehalten wird, daß »über die sozialökonomische Formation des zukünftigen deutschen Staates [...] nichts ausgesagt« (S. 13) wurde. Damit könne das Potsdamer Abkommen auch als Grundlage für die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz gesehen werden. Der Alliierte Kontrollrat schließlich sollte als höchstes

¹⁾ Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945 – 1949, Berlin-DDR 1966.

Organ der Regierungsgewalt für ganz Deutschland das Potsdamer Abkommen verwirklichen. Es folgen dann Ausführungen über die Tätigkeit des Kontrollrates, die Betonung der Stellung Berlins als Teil der sowjetischen Besatzungszone und schließlich die Neugestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. In einigen wenigen Sätzen wird dann die politische Entwicklung in der SBZ skizziert. »Die KPD und die SPD zogen die Lehren aus der Vergangenheit und vereinigten sich in der sowjetischen Besatzungszone zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.« (S. 17)

Einen relativ breiten Raum nimmt die Darstellung der Entwicklung in den Westzonen ein, um schließlich hier die Ursachen für die Spaltung Deutschlands nachzuweisen. Die in der vorliegenden Broschüre abgedruckten Dokumente sollen dann gerade auch in diesem Zusammenhang westdeutsche Darstellungen²⁾ als Geschichtsfälschungen widerlegen und beweisen, »daß die Spaltung Deutschlands das Ergebnis der imperialistischen Politik der Westmächte und der deutschen Reaktionäre ist und die Sowjetunion die einzige Besatzungsmacht in Deutschland war, die im nationalen Interesse des deutschen Volkes handelte und sich konsequent für die Durchführung des Potsdamer Abkommens, die Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates und für eine Friedensregelung mit Deutschland einsetzte.« (S. 21) Die Bemühungen zur Verhinderung der endgültigen Spaltung Deutschlands hätten sich auch gerade in der Volkskongreßbewegung gezeigt, aber dieser Kongreß, »die erste gesamtdeutsche Repräsentation nach dem Zweiten Weltkrieg« (S. 29), sei in den Westzonen verboten worden. Aber durch die Politik und die Haltung der Westmächte – u. a. auf der Londoner Außenministerkonferenz, durch den Marshall-Plan, die Währungsreform, die Spaltung des Berliner Magistrats und zuletzt die Gründung der Bundesrepublik – sei die Spaltung schließlich endgültig geworden.

Beatrix W. Bouvier

Wilhard Grünwald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 21), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1971, VI, 555 S., brosch., 85 DM.

Die wissenschaftliche und publizistische Diskussion über die Herausbildung Deutschlands konzentrierte sich vor allem auf die Zeit von der Berliner Blockade 1948 bis zur Integration der BRD und der DDR in die jeweiligen Paktsysteme im Jahre 1955. Wenn auch in diesen Jahren die wichtigsten Entscheidungen getroffen wurden, so ist es von Bedeutung, die Vorgeschichte zu dieser Entwicklung zu betrachten, die bis in die unmittelbaren Nachkriegsjahre zurückreicht. Dabei stellt sich die Frage, ob die Weichen zur Teilung Deutschlands nur durch die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands gestellt wurden oder ob die deutschen Kräfte diese Entwicklung mitbeeinflusst haben. Bei der Beurteilung des Handlungsspielraumes deutscher Politiker in der Zeit der Besatzungsherrschaft kann man von der Tatsache ausgehen, daß eine Wechselbeziehung zwischen der wachsenden Entfremdung unter den ehemaligen Kriegsalliierten und dem Eigen-spielraum der deutschen Politiker bestand. Dieser Spielraum wuchs für die jeweilige deutsche Klientel im gleichen Maße wie die Entfremdung zwischen den Alliierten. Gerade in diesem Zusammenhang ist die Frage von Bedeutung, wann noch Ansätze zu einer Verständigung zwischen den alliierten Siegern und damit auch für die deutschen Politiker aus den vier Besatzungszonen vorhanden waren.

Die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten in München am 5./6. Juni 1947 wird

²⁾ Namentlich erwähnt werden allerdings nur die Thesen von *Michael Freund*, Die deutsche Spaltung. Schuld, Verhängnis, Fehler? Hannover 1962.